



SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI


SFH OSAR

MONTENEGRO - LAGEÜBERSICHT JUNI 2000

Informationen zur aktuellen Situation
Rahel Bösch, Länderanalyse SFH

Bern, im Juni 2000

MONBIJOUSTRASSE 120 POSTFACH 8154 CH-3001 BERN
TEL 031 370 75 75 E-MAIL INFO@sfh-osar.ch
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES  MITGLIED DER ZEWO

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@sfh-osar.ch
Internet: www.sfh-osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Rahel Böesch, Länderanalyse SFH


SPRACHVERSIONEN

Deutsch, Französisch

PREIS

Fr. 25.— inkl. 2,3 % MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2000  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.



INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	1
2	Hintergrund der aktuellen Entwicklung: Zwischen Unabhängigkeit und Union	2
2.1	Unabhängigkeitsbestrebungen in der Vergangenheit	2
2.2	Vom milosevic-treuen Kurs zum Referendum für die Unabhängigkeit?	4
2.3	Politische Parteien: Milo versus Momir	5
3	Politik der Eigenständigkeit – Kalter Krieg zwischen Belgrad und Podgorica	7
3.1	Vorgezogene Wahlen als Stimmungstest	7
3.2	Die Jugoslawische Volksarmee als Bedrohung - mögliche Verfolgung der Deserteure trotz Amnestiegesetz	9
4	Wirtschaftliche und soziale Situation	11
4.1	Zwei Währungen und Handelsboykott	11
4.2	Arbeitslosigkeit, Verarmung und internationale Unterstützung	11
4.3	Gesundheitswesen	13
5	Ethnische Minderheiten	14
5.1	Bosnjakische Volksgruppe	14
5.2	Albanische Volksgruppe	17
6	Flüchtlinge und Intern Vertriebene	18
6.1	Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina	18
6.2	Vertriebene aus Kosova	19
7	Zusammenfassende Schlussfolgerungen	21
8	Annex	23

1 Einleitung

Kurz vor den Lokalwahlen vom 11. Juni scheint das Leben in Podgorica, der Hauptstadt der Republik Montenegro, normal zu verlaufen. Auf den Wahlplakaten ist nicht etwa Milomir Djukanovic abgebildet, sondern ein Paar, das sich herzlich umarmt, darüber der Slogan: „Für ein besseres Leben“. Abgesehen von den zahlreichen lautstarken Autokonvois der Djukanovic- respektive Bulatovic-Wählerschaften, ist auf der Strasse von der Spannung wenig zu spüren. Auch von der Armee ist wenig zu sehen; Gerüchten über einen bevorstehenden Besuch Milosevics in Herzeg-Novi, der zweiten Gemeinde in der vorgezogene Lokalwahlen stattfinden werden, wird ebenso mit Achselzucken begegnet, wie Berichten über Armeemanöver, mit denen ein Putsch seitens Belgrad vorbereitet würde. Im Gespräch mit jüngeren Leuten werden nebst der weit verbreiteten Begeisterung für „Milo“ eine gewisse Resignation und Ohnmacht spürbar - man ist der Spekulationen, Drohungen und Krisen müde. "Wir leben seit so vielen Jahren in einer Dauerkrise, am Rand von Kriegen - spüren die Folgen", so ein Taxifahrer, "es gibt keine Sicherheit, keine Stabilität, keine Zukunft." Vor ihm auf der Strasse schwenken begeisterte "Milo"-WählerInnen (Milomir Djukanovic) ihre Fahnen - der Name der Koalition ist zugleich hoffnungsverheissendes Programm: "Für ein besseres Leben" (Da Zivimo Bolje) – so Name und Wahlslogan der Koalition. „Die sollen erst mal zeigen, dass sie ein besseres Leben organisieren können!“ protestiert der verbit- terte Taxifahrer. Er wähle jedenfalls am Sonntag niemanden.

Tatsache ist, dass mit dem Handelsboykott seitens Serbien die Lebenshaltungskosten in Montenegro weiter gestiegen sind. Kaum jemand kann heute noch vom Verdienst aus einer regulären Lohnarbeit leben - sofern er eine solche hat! Zwar werden die Bemühungen der Koalition von Djukanovic um Demokratie durchaus gesehen - sie werden auch sichtbar vom Westen belohnt, wie sich beispielsweise beim luxuriösen Neubau der Ministerien zeigt. Jedoch gibt man sich bezüglich der weit verbreiteten Korruption und Klientelwirtschaft in der gesamten Verwaltung und Wirtschaft des Landes keinen Illusionen hin. Die Frage, ob der Bürgerkrieg ausbrechen werde oder nicht, wird unterschiedlich beantwortet. Die einen rechnen mit einem Putsch, die anderen mit weiteren Provokationen – einig ist man sich weitgehend darin, dass die Armee unberechenbar bleibt und dass eine Loslösung von Serbien riskant ist.

Im vorliegenden Bericht wird der Versuch unternommen, die komplexe und instabile Situation in Montenegro zu beschreiben. Spezifisches Gewicht wird dabei auf die historischen Hintergründe und Zusammenhänge, auf die Frage der Sicherheitssituation, namentlich auch der Verfolgung von Deserteuren, auf die aktuellen Entwicklungen im Sandzak sowie auf die Situation Flüchtlinge und intern Vertriebenen gelegt. Die Lageübersicht beruht einerseits auf verschiedenen Studien, Berichten internationaler Expertenorganisationen, Medienana- lysen, andererseits auf Gesprächen mit VertreterInnen von internationalen und lokalen Organisationen und Behörden, die im Rahmen einer Abklärungsreise Anfangs Juni geführt wurden.



2 Hintergrund der aktuellen Entwicklung: Zwischen Unabhängigkeit und Union

Montenegro ist die kleinste Republik der heutigen Bundesrepublik Jugoslawien, dem sogenannten Rest-Jugoslawien. Die Fläche des bergigen Landes beträgt rund 14'000 Quadratkilometer, die Einwohnerzahl betrug 1991 (Volkszählung) 615'000 und wird heute auf rund 650'000 geschätzt. Montenegro hat gemeinsame Grenzen mit Kroatien (14 km), mit Bosnien-Herzegowina (225 km), mit Albanien (172 km) und mit Serbien (203 km). Im Rahmen der Volkszählung von 1991 deklarierten sich 61.5 Prozent der Bevölkerung als montenegrinisch, 9.3 Prozent als serbisch, 8.5 Prozent als albanisch, 17.4 Prozent als Muslimisch (im Sinne der Nation), 1 Prozent als kroatisch und 4.3 Prozent als jugoslawisch. Als einzige der Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien erklärte sich Montenegro nach 1992 bereit, Teil einer Föderation mit der Republik Serbien zu bleiben. Die ökonomischen Schwierigkeiten in der Folge der verschiedenen Balkankriege und des Embargos gegen Jugoslawien verstärkten im Laufe der vergangenen acht Jahre die Differenzen zwischen den beiden Republiken zusehends. Dass sich dies jedoch in einer politischen Neuausrichtung und einer eigentlichen Abspaltung von Belgrad ausdrücken könnte, ist eine neue Entwicklung. Bis 1997 trug der heute als prowestlich gelobte Präsident Milomir Djukanovic mit der demokratisch-sozialistischen Partei, in dem das postkommunistische Establishment eine neue Heimat gefunden hatte, den Kurs von Milosevic mit. Eine Kennerin der Situation bemerkt denn auch realistisch, dass die jüngste politische Neuorientierung nicht nur im Bedürfnis nach einer Sicherung der Menschenrechte und einer Besinnung auf demokratische Werte wurzle, sondern konkret mit "Fragen von persönlichen wirtschaftlichen Interessen" zusammenhänge.¹ Die wirtschaftlichen und politischen Probleme haben zu einem neuen Aufbrechen der historischen Kluft zwischen einerseits jenen BewohnerInnen Montenegros, die seit jeher für eine Union mit der "Bruderrepublik" Serbien eintraten und andererseits jenen, die traditionell eine eigene montenegrinische Identität und Unabhängigkeit beanspruchten und verteidigten. Das verfassungsmässig festgelegte Recht der Teilrepubliken des 1945 gegründeten Jugoslawien zur Loslösung aus dem föderalen Verbund, wurde auch in der neuen Verfassung von 1992 beibehalten, so dass auch in dieser Montenegros Recht auf Souveränität festgehalten ist.

2.1 Unabhängigkeitsbestrebungen in der Vergangenheit

Im Laufe des 18. Jahrhunderts konstituierte sich Montenegro, das sich stets der Besetzung durch das osmanische Reich hatte entziehen können, bereits als unabhängiger Organismus und stellte damit lange vor Serbien ein modernes Staatsgebilde dar. Der permanente Widerstand gegen das Osmanische Reich begünstigte eine Art kultureller Homogenisierung in dieser Region, obwohl Montenegro weder topografisch noch geografisch einheitlich war. Ethnisch und politisch wurde jedoch Montenegro durch die türkische und dann die österreichisch-ungarische Besetzung des gesamten Montenegro umgebenden Territoriums gefestigt. Der zähe Widerstand gegen Fremdbesetzung ist geprägt von einer Hirtenkultur, wobei dafür vor allem die Frauen zuständig waren, während die Männer zur Subsistenzsicherung auf Raubzüge gingen. Die meisten der Grossfamilien lebten relativ autark mit äusserst spärlichen Handelsbeziehungen. "Organisiert in Familien, Clans und Stämmen, entwickelten die Montenegriner eine Gesellschaft, die auf kollektiven Entscheidungsmechanismen und dem Patriarchat basierte. Jede Grossfamilie praktizierte die Blutrache, um die Ehre des

¹ Sofern hier keine anderen Quellen angeführt werden, basieren die folgenden Ausführungen auf: Leila Bouchebouboua, Le Montenegro dans les crises yougoslaves, Bruges, 20 mai 1999

Clans zu verteidigen."² Eine Praxis, die langfristig das Überleben der Clans bedrohte. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts gelang es dem Vladika (Petrovic Njegos), dem kirchlichen Oberhaupt der montenegrinisch-orthodoxen Kirche³, das für die Fragen der Religion und der Verteidigung gegen aussen zuständig war, die verfeindeten Clans zu versöhnen und so auch die militärischen Kräfte für die Abwehr gegen aussen zu stärken. Was die einzelnen Clans verband, war ihr Wille zur Unabhängigkeit und die Ablehnung einer zentralstaatlichen Autorität. Der lange und erfolgreiche Widerstand gegen die Eroberung durch das osmanische Reich, schaffte in Montenegro trotz der religiösen und ethnischen Differenzen eine gewisse kulturelle Einheitlichkeit.

Montenegro bildete auch eine Art Zufluchtsort für Aufständische und Renegaten, wobei die Flüchtlinge schnell, "um nicht zu sagen brutal" integriert wurden.⁴ Unabhängigkeit wurde nicht in einem nationalen, sondern im Sinne der Autonomie und Selbstbestimmung von einzelnen Clangemeinschaften, die sich gegen jede Fremdherrschaft zur Wehr setzten, verstanden. "Zufluchtsort, aber auch Bollwerk gegen die muslimische Welt, nahm Montenegro im Lauf der Jahrhunderte eine gewisse Zahl von ‚Kriegern‘ auf, die sich an der Verteidigung des Territoriums beteiligten."⁵ In der Folge von Angriffen seitens der osmanischen Truppen kam es oft zu gewalttätigen Ausbrüchen gegen die muslimischen Volksangehörigen in Montenegro.

Ab 1878 bis 1912 gelang es Montenegro, sein Staatsterritorium zusehends auszuweiten, nach Norden mit dem muslimischen Sandzak, nach Süden in die überwiegend albanisch besiedelte Region, sowie in die katholisch besiedelten Gebiete von Kotor und Bar; dies führte auch zur heutigen ethnisch-konfessionellen Vielfalt in Montenegro.

Ab Ende des 19. Jahrhunderts zeichneten sich in Montenegro zwei verschiedene politische Tendenzen ab. Einerseits gab es einen Teil der Bevölkerung, der sich für eine Union mit Serbien aussprach und ethnische Unterschiede zwischen der serbischen und montenegrinischen Volksgruppe verneinte; andererseits gab es einen Bevölkerungsteil, der eine montenegrinische Identität verfocht und auf Unabhängigkeit bestand. Durch den Kongress von Berlin wurde Montenegro international als unabhängiger Staat anerkannt, der Sandzak wurde zwischen Montenegro und Serbien aufgeteilt. Die Union mit Serbien im Jahre 1918 markierte denn auch das Ende einer stets "eifrig verteidigten Unabhängigkeit"⁶, der Streit zwischen den Unionisten und den Föderalisten blieb jedoch weiterhin bestehen. In der Zwischenkriegsperiode stellte Montenegro nur noch eine Provinz innerhalb Serbiens dar, die autokephale Kirche wurde aufgelöst. Im neuen Jugoslawien unter Tito erhielt Montenegro wieder den Status einer autonomen Teilrepublik, jedoch kam es nicht zu einer erneuten Anerkennung der montenegrinisch-orthodoxen Kirche.

Montenegro war nicht nur Zufluchtsort, sondern stets auch gekennzeichnet durch eine gewisse Emigration, die sich im 20. Jahrhundert in der Folge der beiden Weltkriege verstärkte. Vor dem Zerfall von Titos Jugoslawien war Montenegro eine der ärmsten Republiken, geprägt von einer starken Diaspora (vor allem in Richtung Serbien, aber auch ins westliche Ausland). Heute leben schätzungsweise eine Million Menschen mit montenegrinischer Herkunft in Serbien; unter Tito hatten sie die Chance, auch in der Verwaltung Karriere zu machen, was dazu führte, dass heute viele Personen mit montenegrinischen Wurzeln, sowohl in der öffentlichen Verwaltung, in der Armee als auch in der Polizei sowie generell in der Politik vertreten sind.

² Boucheboubouba, a.a.O.; Übersetzung durch Autorin

³ Die montenegrinisch-orthodoxe Kirche wurde bereits im Jahre 1455 durch die Heilige Synode der orthodoxen Kirchen Russlands und Konstantinopels anerkannt; ab 1766 war die montenegrinische Kirche autokephal mit dem Kloster Cetinje als Zentrum; Boucheboubouba, a.a.O

⁴ Boucheboubouba, a.a.O.; Übersetzung durch Autorin

⁵ Boucheboubouba, a.a.O.; Übersetzung durch Autorin

⁶ Boucheboubouba, a.a.O.; Übersetzung durch Autorin



2.2 Vom milosevic-treuen Kurs zum Referendum für die Unabhängigkeit?

Milosevic fand mit seinem national-serbischen Programm in Momir Bulatovic und Milo Djukanovic in Montenegro treue Gefolgsleute seiner Politik. Beide vertraten mit ihrer Demokratisch-Sozialistischen Partei DPS eine autoritär-zentralistische Politik und stellten sich hinter die harte Parteiführung der Republiken. Im gesamtstaatlichen Parlament waren sie Teil des serbischen Blocks von Milosevic und stellten 1992 Soldaten und Freiwillige für den Krieg gegen Kroatien zur Verfügung.⁷ Dubrovnik wurde von Einheiten der jugoslawischen Volksarmee und von montenegrinischen Paramilitärs angegriffen. "Es waren die gleichen Gruppen, die einige Monate später den Terror in Bosnien-Herzegowina verbreiteten... Die gemeinsame Grenze begünstigte den Einfall bewaffneter montenegrinischer Banden. Terror, Plünderungen und Ermordungen sind an der Tagesordnung und erlauben den serbischen Kräften, Position zu beziehen im Osten der Neretva bis zu den Hügeln von Mostar."⁸

Zwar wurde im Juni 1992 auch in Montenegro ein Referendum über die Unabhängigkeit abgehalten; die verhältnismässig starke Militarisierung und damit enge Verbindung mit Serbien, das Fehlen jeder Demokratisierung, namentlich auch freier Medien, gehörten zu den Faktoren, die eine Loslösung verhinderten. Das Referendum wurde sogar von den "Grünen", den traditionellen Anhängern der Idee einer montenegrinischen Identität boykottiert, ihnen schlossen sich die muslimische und albanische Bevölkerungsgruppen an. Die Angst vor einer ähnlichen Entwicklung wie jener in Kroatien und vor allem in Bosnien-Herzegowina spielten hier vermutlich eine grosse Rolle. Als einzige der ehemaligen Teilrepubliken von Titos Jugoslawien erneuerte Montenegro 1992 das föderale Bündnis mit Serbien, wobei Montenegro nur 7 Prozent und Serbien 93 Prozent der Bevölkerung Rest-Jugoslawiens stellten.

Im Sommer 1997 spaltete sich die DPS: Eine Minderheit blieb Bulatovic, dem Präsidenten von Montenegro und damit der Idee einer Föderation unter serbischer Ägide treu. Sie konstituierten eine neue Partei, die sozialistische Volkspartei, während sich die Getreuen von Djukanovic für eine Kursänderung aussprachen. Beide kandidierten für die Präsidentschaft. Die Wahlen vom Oktober 1997 gewann Djukanovic mit einem Vorsprung von lediglich 6000 Stimmen. Während dieser seine Wählerbasis vor allem im Zentrum des alten Montenegros, wo der Wille zur Eigenständigkeit historisch verwurzelt war, fand, erzielte der abtretende Präsident Bulatovic am meisten Stimmen im Norden, der traditionell als proserbisch gesinnt gilt, sowie in der Grenz-Region zu Bosnien-Herzegowina. Djukanovic verdankte seinen Sieg jenen Kräften, die eine schnelle Demokratisierung und weniger Einmischung Belgrads in die montenegrinische Politik wünschten. Um die Parlamentswahlen vom Frühling 1998 zu beeinflussen, setzte Milosevic in Verletzung der jugoslawischen Verfassung Bulatovic als Bundespremierminister ein.

⁷ Anlässlich eines Besuchs in Kroatien im Juni dieses Jahres „entschuldigte“ sich Djukanovic im Namen Montenegros für die Kriegsschuld gegenüber Kroatien; namentlich drückte Djukanovic sein Bedauern über die Beschiessung Dubrovniks aus. Siehe auch: Neue Zürcher Zeitung, Zaghafte Versöhnungsgesten auf dem Balkan, 3. Juli 2000

⁸ Bouchebouba, a.a.O

2.3 Politische Parteien: Milo versus Momir⁹

Bei den Parlamentswahlen von 1998 gewannen die folgenden Parteien die entsprechenden Mandate¹⁰:

- Liberale Allianz (LSCG) 5 Sitze
- Regierungskoalition (DZB) 42 Sitze (SDP 5, DPS 30, NS 7)
- Projugoslawische Opposition (SNP) 29 Sitze
- Albanische Parteien (DS /DUA) 2 Sitze

Die Regierungskoalition "Für ein besseres Leben" (Da Zivimo Bolje) unter Präsident Djukanovic besteht aus drei Parteien: Der Sozialdemokratischen Partei SDP mit Präsident Zarko Rakcevic, der Demokratischen Partei der Sozialisten DPS mit Präsident Milomir Djukanovic sowie der Volkspartei (NS) mit Dragan Soc an der Spitze. Die SDP steht für ein verstärktes Engagement in Richtung Unabhängigkeit und setzt die DPS von Djukanovic diesbezüglich auch mit der Drohung, die Koalition zu verlassen, unter Druck. Die DPS setzt sich hauptsächlich für wirtschaftliche Prosperität und damit Stabilität ein. Die Unabhängigkeit vom isolierten Serbien - so die Einschätzung von Experten - kann Mittel zum Zweck sein, ist jedoch nicht oberstes politisches Ziel der Partei.¹¹ Die Volkspartei NS steht der serbisch-orthodoxen Kirche nahe und versucht, einen moderaten serbischen Kurs zu halten. Das Liberale Bündnis LSCG setzt sich demgegenüber stark für die Unabhängigkeit und damit für die baldige Abhaltung eines Referendums ein. Sie steht der neu wieder zugelassenen montenegrinisch-orthodoxen Kirche nahe. Die LSCG hat die Lokalwahlen vom Juni absichtlich provoziert, um die Referendumsfrage voranzutreiben (siehe unten).

Die Sozialistische Volkspartei SNP mit Momir Bulatovic, dem Premierminister der Bundesrepublik Jugoslawien, ehemaligen Parteigefährten von Djukanovic und treuen Gefolgsmann von Milosevic an der Spitze, ist die wichtigste Oppositionspartei und besteht aus früheren Parteimitgliedern der DPS. Oberstes politisches Ziel der SNP ist der Zusammenhalt mit Jugoslawien. Die SNP steht heute für die Idee der serbischen Bruderschaft und wehrt sich vehement gegen jede Form des montenegrinischen "Separatismus". Die SNP hat vor allem Rückhalt in den Bergdörfern im Norden, namentlich in der Sandzak-Region. Die Serbisch Radikale Partei SRS mit Vojislav Seselj als Präsident, verfügt in Montenegro über einen eigenen Parteizweig. Sie erhielt anlässlich der Wahlen von 1998 knapp 1.2 Stimmenprozente, also nicht genug für eine Vertretung im Parlament, ist jedoch in mehreren Gemeindeparlamenten vertreten, so in Herzeg-Novi, Tivat sowie weiteren Gemeinden im Norden Montenegros. Zur pro-jugoslawischen Opposition, dem pro-jugoslawischen Block, gehören schliesslich noch die JUL (mit Mira Markovic, der Frau von Milosevic an der Spitze), die serbische Volkspartei SNS (mit Zelidrag Nikcevic an der Spitze), die kommunistische Partei KPJ, die neue kommunistische Partei von Jugoslawien NKPJ sowie die linke radikale Partei RSL NP von Nikola Pasic.

⁹ Eine Übersicht über die verschiedenen Parteien und -Koalitionen sowie deren Präsidenten siehe Annex zu dieser Lageübersicht: International Crisis Group, Montenegros Local Elections: Testing the National Temperature, 26 May, 2000: Glossary of Political Party Acronyms and Alignments

¹⁰ International Crisis Group, Montenegro: In the Shadow of the Volcano, ICG Balkan Report No 89, Podgorica, Washington, Brüssel, 21 March 2000

¹¹ ICG-Report, No. 89 a.a.O



Für die albanische Minderheit sind in einer "positiven Diskriminierung"¹² fünf Sitze reserviert. Die albanische Wählerschaft gab jedoch ihre Stimmen vor allem der Koalition von Djukanovics DZB. Von albanischer Seite wird dies als Ausdruck dafür gewertet, dass die ethnischen Minderheiten sich in der Regierung Djukanovic besser geschützt fühlen und Angst vor der Alternative mit Bulatovic an der Spitze haben, jedoch nicht als Beweis dafür, dass sie ihre Interessen als ethnische Minderheit durch die Koalition vertreten sehen.¹³ Im Gegensatz dazu interpretieren die DZB-Vertreter diese Stimmabgabe dahingehend, dass sich die ethnischen Minderheiten in ihren Interessen vertreten fühlen und keine separate Minderheitenpolitik benötigen. Die albanische Minderheit ist in zwei Parteien organisiert: In der Demokratischen Union DS unter Präsident Mehmet Bardi und der Demokratischen Union der Albaner DUA mit Ferhat Dinosa an der Spitze.

Auch ein Grossteil der bosnjakischen Gemeinschaft wählte 1998 die Koalition DZB. Namentlich in den Sandzak-Gemeinden Rozaje, Bjelo Polje und Plav erhielt die DZB am meisten Stimmen. Die bosnjakische Gemeinschaft hat sich auch in einem Zweig der bosnjakischen Sozialdemokratischen Aktion SDA organisiert, die in Plav 32 Sitze im Gemeindeparlament erringen konnte. Die bosnjakische Volksgruppe ist mit schätzungsweise 14.6 Prozent der Bevölkerung sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene klar unterrepräsentiert, während die serbische Bevölkerungsgruppe gemessen an ihrer Bevölkerungszahl weit überrepräsentiert ist.¹⁴

Generell, so stellen lokale Experten fest, seien die ruralen Bevölkerungskreise im Norden eher pro-Milosevic orientiert und verträten ein bestimmtes Segment der Bevölkerung, die in einer "spezifischen Kombination von kommunistischem Gedankengut und ethnischem Hass ihre Xenophobie" auslebten. Tendenziell weise diese Gruppe einen eher niedrigen Bildungsgrad auf, sei wirtschaftlich eher schlechter gestellt und empfinde sich als serbische Opfer im "Kampf gegen die moderne Welt", so Srdjan Darmanovic, Leiter von CEDEM. Er vergleicht diese Gruppe, die nach seiner Schätzung etwa einen Drittel der Bevölkerung Montenegros ausmacht, mit der Anhängerschaft von Radovan Karadzic in Bosnien-Herzegowina vor Kriegsausbruch 1992. Nach seiner Einschätzung kann dieses Segment keine politischen Mehrheiten gewinnen. "Auch der Friede hängt nicht von ihnen, sondern von Milosevic in Belgrad ab. Sie sind jedoch insofern ganz konkret gefährlich für Stabilität und Frieden, als sie sich voll und ganz auf die Armee von Milosevic abstützen können."¹⁵ Darmanovic vertritt die Meinung, dass mit einem Rücktritt von Milosevic die vorhandenen Probleme nicht auf einen Schlag gelöst wären. Jedoch wäre damit das Sicherheitsproblem, sprich die andauernde Drohung, dass das Militär eingreifen und sich gegen die Bevölkerung wenden könnte, aus dem Weg geschafft. "Die Armee von Milosevic ist der Angelpunkt für Frieden und Sicherheit," so Darmanovic. Das oben beschriebene Bevölkerungssegment werde auch nach dem Verschwinden Milosevics von der politischen Bühne chauvinistisch bleiben, jedoch kein Bedrohungspotential im Sinne einer bewaffneten Auseinandersetzung mehr darstellen.

¹² Gespräch mit Srdjan Darmanovic, Leiter von CEDEM, 7. Juni 2000, Podgorica. CEDEM hat verschiedene empirische Studien und Umfragen durchgeführt: Transition in Montenegro (Statehood Issue, Foreign Policy, Human Rights), Report No. 1, July-September 1999; Public Opinion in Montenegro in 2000, January 2000. Dieser Report bezieht sich vor allem auf eine empirische Studie zur Haltung der Bevölkerung bezüglich der Frage der Unabhängigkeit versus Verbleib in der Föderation: The Statehood Question: Federal-Independent Division

¹³ Gespräch mit Ferhat Dinosa, Parlamentsmitglied und Präsident der DUA, Podgorica 8. Juni 2000

¹⁴ ICG-Report, No. 89 a.a.O

¹⁵ Gespräch mit Srdjan Darmanovic, a.a.O

3 Politik der Eigenständigkeit – Kalter Krieg zwischen Belgrad und Podgorica

3.1 Vorgezogene Wahlen als Stimmungstest

Seit der Spaltung der DPS und der Abwendung Milomir Djukanovics von seinem einstigen Partner Momir Bulatovic und damit von der Politik Belgrads hin zu einem prowestlichen Kurs, herrscht eine Art kalter Krieg zwischen Belgrad und Podgorica, der seit Herbst 1999 an Intensität zugenommen hat und droht, in einen offenen Konflikt auszubrechen. Die Dauerkrise setzte 1997 ein, als Bulatovic an den Wahlen vom Oktober besiegt wurde und sein Widersacher Djukanovic sieben Monate später auch noch die Parlamentswahlen gewann. Bereits nach der Wahl von Djukanovic zum Präsidenten Montenegros versuchte Belgrad, dessen Einsetzung zu verhindern. Ein zweites Mal wurde der Ausbruch eines Bürgerkriegs befürchtet, als Montenegro sich 1999 weigerte, sich vor und während der NATO-Luftschläge an die Seite Belgrads zu stellen.

Der Westen unterstützt die Regierung Djukanovic mit grossen Summen in der Wirtschaftshilfe (siehe unten) und diskreter auch auf diplomatischer Ebene. Seit zwei Jahren versucht das Regime Milosevic, die montenegrinische Regierung zu provozieren und einen Vorwand zu schaffen für einen erneuten Waffengang - eine Destabilisierungspolitik, der sich Montenegro nach Möglichkeit diskret widersetzt, eine Existenz im "Schatten des Vulkans."¹⁶ Die Errungenschaften der vergangenen zwei Jahre seien beachtlich, so die International Crisis Group. Nach ihrer Untersuchung ist die politische Debatte relativ offen, in der Regierungskoalition ist auch die ethnische Minderheit der Bosnjaken vertreten, zahlreiche lokale NGOs geniessen Bewegungsfreiheit und einen relativ breiten Handlungsspielraum und die Behandlung der Flüchtlinge und intern Vertriebenen ist - verglichen mit Serbien - human und verantwortungsbewusst. "Während wenige Leader im Balkan keinen Grund zur Kritik geben - und Milo Djukanovic ist da keine Ausnahme - erlangt Montenegro unter ihm doch eine Art Modellcharakter in der Region."¹⁷ Von verschiedenen Seiten wird denn auch mit einigem Stolz darauf hingewiesen, dass Montenegros Eigenständigkeit weit gediehen sei. Nebst der Währungspolitik habe man sich auch in der Aussenpolitik von Belgrad abgekoppelt, das Zollwesen werde separat geführt, ebenso die Visa-Regelung. "Die Armee stellt die einzig sichtbare Bundes-Präsenz dar", so Srdjan Darmanovic, "die Grenzkontrollen sind fest in der Hand der Polizei. Die Armee wird de facto von der Bevölkerung nicht mehr als eigene Armee akzeptiert, sondern als eine Art Privatarmee von Milosevic gesehen."¹⁸

Mit einer zunehmend schwierigen Gratwanderung versucht Djukanovic, ein Referendum über die Unabhängigkeit des Landes hinauszuzögern, um nicht mit einer relativ knappen Entscheidung blutige Auseinandersetzungen zu provozieren. Djukanovic ist sich des enormen damit verbundenen Risikos sehr bewusst. Nebst einem Krieg mit Serbien würde auch eine inner-montenegrinische Spaltung möglich, da - wie oben ausgeführt - rund ein Drittel der Bevölkerung gegen ein unabhängiges Montenegro ist.

Auch von internationaler Seite wird alles unternommen, um die Entscheidung hinauszuzögern. Man ist sich nur zu sehr bewusst, dass eine Unabhängigkeit Montenegros auch unmittelbare Folgen für Kosova hätte und umgekehrt. Dies nicht nur auf der Ebene der Unabhängigkeit der einzelnen Gebiete. So sehr ein Verbleib Kosovos in der Bundesrepublik Jugoslawien seitens der albanischen Bevölkerung in Kosova abgelehnt wird, wäre ein

¹⁶ So betitelt auch die internationale Expertengruppe ICG (International Crisis Group) ihren Montenegro-Report vom 21. März 2000: "Montenegro: In the Shadow of the Volcano", a.a.O

¹⁷ ICG-Report, No. 89, a.a.O, Übersetzung durch Autorin

¹⁸ Gespräch mit Srdjan Darmanovic, a.a.O



Verbleib in Serbien ohne Montenegro geradezu undenkbar. Dies führt zur Konstellation, die sich (vielleicht überspitzt) mit der Formel beschreiben liesse: Entweder Serbien, Montenegro und Kosova in einer Bundesrepublik Jugoslawien zusammen oder alle drei separat. Eine Logik, der Präsident Djukanovic harsch widerspricht: Zum Ärger der albanischen Minderheit in Montenegro hat sich seine Koalition im Parlament klar für einen Verbleib Kosovos in der Bundesrepublik Jugoslawien ausgesprochen. Dahinter steht die Haltung, dass Kosova nicht zwingend Bestandteil der Föderation, sondern vielmehr Serbiens ist. Auf die Frage, ob er akzeptiere, dass das Schicksal Kosovos und Montenegros eng miteinander verknüpft sind, antwortete Djukanovic: "Ganz und gar nicht. Kosovo war seit undenklichen Zeiten integraler Teil von Serbien, während Montenegro ein Staat für sich allein ist. Montenegro muss die gleichen Rechte haben wie Serbien, Slowenien, Mazedonien, Kroatien und Bosnien"¹⁹. Kosovo muss wahrscheinlich in Serbien verbleiben, mit einem sehr autonomen Status." Montenegro, so der Präsident in dem Interview weiter, sei ein Staat, der aus dem freien Willen seiner Bürger in den Verbund eingetreten sei und eben diese Bürger könnten über einen anderen verfassungsmässigen und rechtlichen Status entscheiden.²⁰

Das Liberale Bündnis hat als stärkste Vertreterin für eine Unabhängigkeit mit seinem Rückzug aus der Koalition den Gemeindeparlamenten von Podgorica und Herzeg-Novi vorgezogene Lokalwahlen provoziert, um eben die Frage der Unabhängigkeit voran zu treiben. Insofern sind die Wahlen vom 11. Juni als eine Art Test zu verstehen²¹: Ein Stimmenzuwachs für die Liberale Allianz hätte die Bereitschaft eines grösseren Teils der Bevölkerung signalisiert, das Risiko eines Referendums einzugehen. Umgekehrt hat nun der Sieg der Koalition von Djukanovic in Montenegro gezeigt, dass der vorsichtige Kurs der Regierung gestützt und die Gefahr einer hitzköpfigen konfrontativen Politik erkannt wurde. Kenner der Situation schätzten den Zeitpunkt der Wahlen als katastrophal für Djukanovic ein: Eine zunehmende ökonomische Krise mit stetig steigenden Lebenshaltungskosten und wachsende Kritik seitens der Opposition, die der Regierung weit verbreitete Korruption vorwarf. Tatsächlich hat die Regierung wenige ihrer Wahlversprechen wirklich einlösen können, wiewohl es ihr gelungen ist, den Provokationen Belgrads zu widerstehen. Im Vorfeld der Wahlen vom 11. Juni warf die SNP von Bulatovic der Regierungskoalition vor, Söldner als Polizisten zu engagieren und als schwerkrankes Regime von amerikanischer Medizin abhängig zu sein.²² Bezüglich Wirtschaftshilfe trifft sicherlich letzteres auch zu: Die Löhne der gesamten Verwaltung werden durch Finanzhilfen aus den USA finanziert.

Der Wahlsieg in Podgorica für die Koalition Djukanovic und der Stimmenverlust der Liberalen Allianz zeigte zusammen mit dem Sieg von Bulatovics Koalition in Herzeg-Novi das explosive Potential auf. Die bedrohlichen Armee-Manöver im Vorfeld der Wahlen können zusammen mit der Ermordung von Djukanovics Sicherheitsberater Goran Zugic wenige Tage vor den Wahlen durchaus auch eine einschüchternde Wirkung erzielt haben. Djukanovic soll sich nach diesem Mord denn auch in diesem Sinne geäussert haben: "Es sieht aus wie ein Terrorakt gegen die Demokratie und gegen die Sicherheit des Volkes."²³ Die Resultate der vorgezogenen Lokalwahlen schafften eine Pattsituation, die nicht als "stabilisierend" interpretiert werden kann, sondern als Beleg dafür, dass die Gratwanderung zwischen prowestlicher Demokratisierung und Abkoppelung von Serbien und Provokation

¹⁹ Dies ist abgesehen von Serbien exakt auch die Reihenfolge, in der sich die ehemaligen Teilrepubliken losgelöst haben!

²⁰ IWPR-Balkan -Crisis Report, No. 148, 13 June 2000; Djukanovic cautious over independence, Interview mit Präsident Djukanovic von Slobodan Rackovic

²¹ "Next month's elections in Montenegro will provide a valuable litmus test for the nation's shifting political mood", Milka Tadic, in IWPR's Balkan Crisis Report No. 142, 23 May 2000

²² IWPR-Report, No. 142, a.a.O

²³ International Herald Tribune, 3-4 June, 2000, Montenegrin Sees Serb-Style Attack in Aide's Death, Übersetzung d. Autorin

der von Belgrad gesteuerten Armee fortgesetzt wird.²⁴ Lapidar kommentierte denn auch Srdjan Darmanovic, Leiter des Büros für Demokratie und Menschenrechte CEDEM in Pogorica, den Wahlausgang: "Nichts Spektakuläres ist in Montenegro passiert, keine bemerkenswerten Änderungen sind geschehen, also kann jede Seite ihren Sieg verkünden."²⁵

Generell - so stellt die International Crisis Group in ihrem Report fest - würde das Schicksal dieser kleinen Republik den Westen nicht so stark beschäftigen, wenn nicht ein fünfter "Jugoslawien"-Krieg möglicherweise erneut die ganze Region in blutige Auseinandersetzungen stürzen könnte und sich der Westen genötigt sähe, eine weitere Intervention vorzunehmen.²⁶

In jüngster Zeit äusserte sich Djukanovic in der Öffentlichkeit erneut zu einer baldigen staatlichen Souveränität. Gegenüber der jugoslawischen Wochenzeitschrift "NIN" sagte Djukanovic in einem Interview, dass die Anhängerzahl eines unabhängigen Montenegros in den vergangenen zwei bis drei Jahren von 12 Prozent auf bis zu 36 bzw. 40 Prozent angestiegen sei. "Fügt man dazu noch die 20 bis 25 Prozent jener hinzu, die eine losere Anbindung an Serbien wünschen, zeigt dies überzeugend, dass Montenegro jeden Tag, den die trostlose Situation in der Bundesrepublik Jugoslawien länger andauert, einem Referendum über Eigenstaatlichkeit näher kommt", präzisierte Djukanovic. Klar äusserte sich Djukanovic im gleichen Interview auch bezüglich einer möglichen Teilnahme Montenegros an den im Herbst fälligen Wahlen zum Bundesparlament. Mit dem Hinweis darauf, dass die montenegrinischen Vorschläge zur Umbildung der gemeinsamen Union bisher seitens Belgrad unbeantwortet geblieben seien, bezeichnete Djukanovic eine Teilnahme als "politisch naiv und verantwortungslos".²⁷

3.2 Die Jugoslawische Volksarmee als Bedrohung - mögliche Verfolgung der Deserteure trotz Amnestiegesetz

Vor den Wahlen vom 11. Juni dieses Jahres gab es sowohl bei Herzeg-Novi als auch in der Umgebung von Podgorica militärische Übungen. Mit den dreiphasigen Manövern, die den ganzen Juni dauern sollten, wurde jedoch nicht etwa die Landesverteidigung exerziert, sondern laut internen Informationen aus der Verwaltung wurde die Übernahme der Fernsehstation, des Präsidentenpalastes, des Flughafens sowie die Befriedung des Sandzak geübt. Diese Übungen wurden seitens der kontaktierten Gesprächspartner im buchstäblichen Sinne als Einschüchterungs-Manöver interpretiert. Die Armee habe auch illegale Sender installiert, über die serbische Propaganda gestreut würde. Die Tiefflüge - insbesondere an der Küste vom Flughafen Tivat aus - sollten der Wählerschaft deutlich machen, wer nach wie vor die Macht in den Händen habe. Befürchtet wird in Montenegro, dass mit diesen Manövern, die nach offizieller Verlautbarung der Prävention der Sezession Montenegros dienen, die Ausrufung des Ausnahmezustandes vorbereitet werden soll.

Unter dem Vorwand, dass ein Polizeioffizier seine Waffen gegen das Militär gerichtet habe, wurde auch erstmals die Polizei offen bedroht. In einem Zeitungsartikel warnte General Pavkovic vor der „destruktiven Aktivitäten gegen den Gesamtstaat und die Armee von Jugoslawien.“²⁸ Der General der zweiten Armee, die in Montenegro stationiert ist, verdeutlichte dies noch: „Die Armee wird alles unternehmen, um eine verfassungswidrige Sezession Montenegros zu

²⁴ Berner Zeitung, 13. Juni 2000, N. Mappes-Niedeck, Stabilisierendes Unentschieden. In diesem Artikel wird die entstandene Patt-Situation als stabilisierend beschrieben.

²⁵ Weitere Kommentare, Interpretationen, Parteienübersicht und vorläufige Wahlergebnisse siehe: Open Society Institute, Montenegro Watch Nr. 22, 13 June 2000

²⁶ ICG-Report No. 89 a.a.O

²⁷ APA, 1. Juli 2000

²⁸ Zu den Kriegsdrohungen siehe auch: Stephan Israel, Milosevic provoziert den Bürgerkrieg, Interview mit M. Djukanovic, in: Berner Zeitung, 18. März 2000

verhindern.“²⁹ Die Berichte, wonach paramilitärische Gruppen, vor allem im Sandzak, organisiert werden und als Militärpolizisten fungieren, häufen sich. Im Frühjahr dieses Jahres setzte offenbar eine Säuberungswelle innerhalb der Armee ein: Nach Informationen von Insidern begann Milosevic damit, alle Offiziere mit fragwürdigen Verbindungen, darunter auch jene, die sich als „Montenegriner“ bezeichnen, aus der Armee zu entfernen. Dies sei in der Folge einer sorgfältigen Erhebung zur Haltung der Militärs gegenüber einer Intervention in Montenegro erfolgt. Die Resultate dieser Erhebung sollen für Milosevic niederschmetternd sein: Viele Offiziere warnten davor, dass ein Einschreiten der JNA gegen Montenegro ein ähnliches Mass an Desertionen erreichen könnte, wie beim Angriff gegen Kroatien oder Slowenien. Ungeachtet dessen schien Milosevic im gleichen Zeitraum, die Reihen des 7. Batallion der zweiten Armee mit Militärpolizisten aufzufüllen, denen nachgesagt wird, dass sie Belgrad-loyale ehemalige Polizisten aus Kosova seien.³⁰

Generell wird von einer Übermacht der rund 20'000 Soldaten der Jugoslawischen Volksarmee über die 15'000 Polizisten, die Djukanovic unterstehen, sowohl was Training als auch Ausrüstung anbelangt, ausgegangen.³¹ Eine weitere konkrete Bedrohung stellt das im Juni im jugoslawischen Parlament diskutierte "Anti-Terrorismus-Gesetz" dar.³² Die Einführung dieses Gesetzes, das alle Verletzungen der verfassungsmässigen Rechte Jugoslawiens mit härtesten Strafen ahnden will, wird voraussichtlich die Basis dafür liefern, dass in Montenegro der Ausnahmezustand verhängt wird und so die Militärpolizei freie Hand bekommt.

Rund 15'000 Haftbefehle sind gegen Dienstverweigerer und Deserteure ergangen. Die Bedrohung der Deserteure und Refraktäre widerspiegelt deutlich den ungeklärten Status Montenegros, in dem sich Polizeikräfte und Armee gegenüberstehen: Auf rechtlicher Ebene werden Erlasse und Gesetze geschaffen, deren Umsetzung von militärischer Seite keineswegs respektiert, sondern im Gegenteil unterlaufen wird. So hat das montenegrinische Parlament ein Amnestiegesetz erlassen, das allen Refraktären und Deserteuren Straffreiheit zusichert. Damit verzichten die zivilen Behörden auf eine Strafverfolgung. Die Haftbefehle bestehen jedoch nach wie vor. Von Insidern wird denn das Amnestiegesetz auch als „politisches Marketing-Instrument“ deklariert, da „es keine staatlichen Mechanismen gibt, um die Durchsetzung zu sichern.“³³ Konkret bedeutet dies, dass jeder Deserteur oder Refraktär jederzeit von einer Verhaftung durch die Militärpolizei bedroht ist.³⁴ "Die Militärs befolgen hier keine Regeln, die Militärpolizei handelt jenseits des zivilrechtlichen Rahmens", so auch der Parlamentspräsident Rifat Rastoder. Insbesondere die Angehörigen der ethnischen Minderheiten seien dieser Willkür ausgesetzt und wiederholt von Zwangsrekrutierungen bedroht worden.³⁵ In einem Interview mit einer serbischen Wochenzeitung bestätigte Djukanovic Anfang Juli des laufenden Jahres, dass die Regierung von Montenegro seit 15 Monaten keinerlei Kontakte mit den Militärkommandanten der JNA in Montenegro mehr gehabt habe.³⁶

²⁹ AIM, Podgorica, Big Army Manoeuvres in Montenegro, 26 May 2000

³⁰ IWPR-Report, No. 135, Miroslav Filipovic, General Jump Ship, April 28, 2000. Miroslav Filipovic wurde mittlerweile aufgrund seiner Artikel für IWPR, die über strategische Vorgänge im Innern der JNA Auskunft geben, verhaftet und der Spionage angeklagt (nähere Informationen: IWPR-Report, No. 139, Anthony Borden London, Serbian Journalism on Trial).

³¹ International Herald Tribune, 25 May, 2000, The West Pins High Hopes on a Steadier Montenegro

³² Der Text des Gesetzes findet sich im ganzen Wortlaut auf der Homepage des Belgrader Zentrums für Menschenrechte: www.bgcentar.org.yu – eine Ausführung zu einzelnen Passagen und den möglichen Folgen siehe: Informationsbulletin No.2: Anti Terrorism Bill to Be Debated by the FRY Assembly Next Week (3-7 June, 2000)

³³ AIM, Aleksandar Komnenic, The Yugoslav Army, Reason for a New Conflict between Podgorica and Belgrade, Podgorica, 6 February 2000

³⁴ Aleksandar Komnenic, a.a.O

³⁵ Gespräch mit Rifat Rastoder, Präsident des Parlaments von Montenegro, Podgorica 7. Juni 2000

³⁶ APA, 1. Juli 2000

4 Wirtschaftliche und soziale Situation

4.1 Zwei Währungen und Handelsboykott

Die montenegrinische Wirtschaft leidet an den Folgen von jahrelanger Isolation und Investitionsmangel. Wie oben bereits angedeutet, trugen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Folge der Kriege sowie die Sanktionen gegen Serbien wesentlich zur Entfremdung zwischen den beiden Republiken bei. Während sich Serbien dank der Landwirtschaft in der Vojvodina und der Erdölvorkommen einigermaßen über Wasser halten konnte, war Montenegro stark von Serbien abhängig. Beispielsweise produzierte Montenegro lediglich einen Drittel seines Weizenbedarfs, der Rest (in der Höhe von rund 100'000 Tonnen pro Jahr) wurde aus der Vojvodina bezogen.³⁷

Der Tourismus als Einnahmequelle blieb in der Folge der Kriege in der Region praktisch gänzlich aus. Die Kriegswirtschaft verstärkte die korrupten Tendenzen und führte zu einer Verstärkung der mafiösen Umtriebe sowohl in Montenegro als auch Serbien. Eine kleine Schicht von Kriegsgewinnlern stand und steht einer zusehends verarmten breiten Bevölkerung gegenüber. Es ist kein Geheimnis, dass sich Djukanovic und Bulatovic die Einkünfte aus dem Zigaretten- und Benzinschmuggel teilten, hierin jedoch mit Serbien konkurrierten, was zur Einführung von Zöllen zwischen den beiden Republiken führte. Die Isolierung der Bundesrepublik Jugoslawien traf Montenegro noch härter als Serbien. Mit einer Öffnung Richtung Westen erhoffte sich Djukanovic eine Verbesserung der Situation.

Im November letzten Jahres führte die Regierung Djukanovic die Deutsche Mark als offizielles Zahlungsmittel ein, um der hohen Inflation entgegenzuwirken. Montenegro blieb allerdings bei einem Zweiwährungssystem (jugoslawische Dinar und Mark). Dennoch löste diese Massnahme eine weitere Verhärtung der Haltung Belgrads aus: Die Regierung Milosevic verhängte einen Handelsboykott, mit dem der Import aus Serbien unterbunden wurde und der seit März des laufenden Jahres so strikt eingehalten wird, dass keinerlei Handelsgüter mehr von Serbien nach Montenegro geführt werden.³⁸ Die Argumentation seitens Belgrad war, dass Serbien keinen Grund mehr sehe, beispielsweise subventionierten Weizen zu liefern, wenn Montenegro nicht einmal mehr die gemeinsame Währung verwende und den Weizen an Albanien zu Weltmarktpreisen weiter verkaufe, um im Gegenzug harte Währung einzukaufen.³⁹

4.2 Arbeitslosigkeit, Verarmung und internationale Unterstützung

Die Boykottpolitik hat nebst den Folgen von jahrelangen Sanktionen und Kriegen zu einer fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung Montenegros geführt. Dies läuft dem Versprechen der Koalition von Djukanovic, dass er die wirtschaftliche Situation verbessern werde, natürlich diametral zuwider. Mittlerweile spielt sich rund 80 Prozent der Geldzirkulation in Mark ab. Allerdings erhalten die Mitglieder der Jugoslawischen Volksarmee JNA weiterhin ihren Sold in Dinar, was verstärkt zu Spannungen führt.

Ende Januar des laufenden Jahres deklarierte der jugoslawische Bundesgerichtshof das Zweiwährungssystem als verfassungswidrig. Dieser Beschluss führte zu einer Debatte im montenegrinischen Parlament: Während zwei Wochen stritten sich die zwei gegnerischen

³⁷ International Crisis Group, Serbia's Grain Trade: Milosevic's Hidden Cash Crop, Report No. 93, Washington/Brüssel, 5 June 2000; The Blockade on Montenegro, Macedonia and Republika Srpska

³⁸ siehe auch: Neue Zürcher Zeitung, Serbische Schikanen gegenüber Montenegro, 7. März 2000

³⁹ ICG-Balkan-Report, No. 93, a.a.O



Blöcke im Parlament über Ursachen und Folgen der andauernden Inflation. Für die Fraktion von Bulatovic hatte die Einführung der Mark zu einer weiter steigenden Inflation geführt, für die Djukanovic-Fraktion war es offensichtlich, dass die Reaktion Belgrads - Boykott und Überschwemmung des Markts mit Dinar - dazu geführt hatte.⁴⁰

Das Durchschnittseinkommen beträgt mittlerweile noch rund 180 Mark, während sich die minimalen Lebenskosten für eine vierköpfige Familie auf das Drei- bis Vierfache belaufen: Ein minimaler monatlicher Warenkorb für eine Durchschnittsfamilie - ohne die Kosten für Hygieneartikel, Kleider und Schuhe mit zu berechnen - beläuft sich auf rund 300 DM.⁴¹ Die Pensionen der ArbeiterInnen wurden seit mehreren Jahren nicht mehr eingezahlt. Laut lokalen Informationen gibt es offiziell 80'000 ArbeiterInnen in Montenegro, die einen Durchschnittslohn von 181 Mark beziehen. Jedoch geht nur ein kleiner Teil tatsächlich einer geregelten Arbeit nach. Weit mehr Personen sind lediglich noch formal in einem Angestelltenverhältnis und haben fiktive Lohnzusagen; sie warten darauf, dass eines Tages vom Ausland investiert wird und sie dann ihren Arbeitsplatz noch innehaben; andere sind formell nie entlassene Angestellte von Betrieben, die seit Jahren still liegen oder in Konkurs gegangen sind. Von 80'000 ArbeiterInnen in Montenegro erhält weniger als ein Drittel Monatslöhne, die zum Teil mit Verspätungen von sechs Monaten ausbezahlt werden.

Der enorme Rückgang des Lebensstandards - von einem Durchschnittseinkommen von 1000 Mark zu Beginn der 90er Jahre auf 180 Mark zu Beginn des neuen Jahrtausends, der Rückgang von 150'000 auf 80'000 (grösstenteils nur noch formal) Angestellte im gleichen Zeitraum, hat während der vergangenen Dekade zu keinerlei Streiks und Aufständen geführt. Von gewerkschaftlicher Seite wird dies mit der ständigen Bedrohungssituation erklärt: "Wenn man zum Krieg einberufen wird, wenn man in politischen Wirren steckt, die drohen, in einen Bürgerkrieg auszuarten, wenn man unter Sanktionen von allen Seiten zu leiden hat und Bomben fallen, sind dies selbst für eine Gewerkschaft extrem schwierige Umstände, um irgend eine Art von Streik zu organisieren, geschweige denn, dies von Arbeiterseite her zu erwarten."⁴² So sind viele formal noch angestellte Männer auf den Strassen Podgoricas und anderer montenegrinischer Städte anzutreffen, die Devisenwechsel, Zigaretten oder in Literflaschen abgefülltes (oft verdünntes) Benzin anbieten. "...anstatt eine Pension zu beziehen, überleben sie durch den Strassenverkauf auch wenn der stärkste Nordwind weht, sie bezahlen für ihre Naivität und für den Umstand, dass sie für grosse politische Spielchen nicht vorbereitet waren...."⁴³

Die finanzielle Unterstützung des Westens ist hoch. Allerdings fliesst diese nicht primär in die Ökonomie des Landes, sondern in die Bezahlung der Verwaltungsstrukturen. Es gibt keine staatliche Steuerbewirtschaftung, da bei ausbleibenden Löhnen das Volk auch nicht besteuert werden kann. Nebst der Administration bezahlte die amerikanische Regierung auch die seitens Montenegro aus dem Ausland bezogene Elektrizität der letzten zwei Jahre. Allein für das laufende Jahr ist seitens USAID eine Unterstützung in der Höhe von 70 Millionen Dollar zugesagt, auch die von der EU zugesagten Mittel bewegen sich in dieser Grössenordnung. Von montenegrinischer Seite wird beklagt, dass die Mittel nur zaghaft eintröpfeln und dass die Unterstützung grösser wäre, wenn das statusmässige Hindernis beseitigt wäre - nämlich der Umstand, dass Montenegro als Teil der Bundesrepublik Jugoslawien strikte gesehen, seitens der multilateralen Institutionen keine direkte finanzielle Unterstützung erhalten kann. Tatsächlich können die grossen internationalen Institutionen, wie die EU-Bank für Wiederaufbau, die Weltbank oder der internationale Währungsfond

⁴⁰ ICG-Balkan-Report, No. 89 a.a.O: Internal Politics: Prosperity/Currency: Im Report werden ausführlich die Mechanismen aufgezeigt.

⁴¹ Gespräch mit Vertreter von OCHA, UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, Podgorica Sub-Office, 6. Juni 2000

⁴² AIM, 31 May 2000, Srdjan Jankovic, Are there Workers in Montenegro? (Übersetzung d. Autorin)

⁴³ AIM; S. Jankovic, a.a.O

statutengemäss keine direkte Hilfe an nicht souveräne Staaten ausgeben.⁴⁴ Zwar gibt es auf bilateraler Ebene Investitions-Garantien (zum Beispiels seitens Deutschland); diese fruchten jedoch nicht, solange es vor Ort keine Mittel gibt, um entsprechende Projekte zu starten.

Ende Juni des laufenden Jahres beschloss die EU über ECHO eine Unterstützung der humanitären Hilfe in der Höhe von 5.25 Millionen Euro für Montenegro. Diese Mittel sollten vor allem in die Finanzierung der in den Schulen abgegebenen Mahlzeiten, in die Unterstützung von Gastfamilien von Flüchtlingen und IDPs (Internally Displaced Persons – intern Vertriebene), in die Wasser- und Sanitätsversorgung von Kollektivzentren, sowie - im Gesundheitsbereich - in die Unterstützung von Behinderten und in psychosozialen Programme für Frauen und Kinder geleitet werden. Ferner sollen kleine einkommensfördernde Projekte für jene Personen, die "noch nicht bald zurückkehren können" (also Flüchtlinge und IDPs) unterstützt werden.⁴⁵

4.3 Gesundheitswesen

Im Gegensatz zu den Kriegsgebieten von Bosnien-Herzegowina und Kosova, hat das Gesundheitssystem in Montenegro zu keinem Zeitpunkt kollabiert. Es leidet jedoch an den für die stark zentralisierten Gesundheits-Systeme der früheren sozialistischen Länder typischen Strukturschwächen und Mangelerscheinungen. Hinzu kommen auch in diesem Bereich die stark spürbaren Folgen von bald zehn Jahren Krieg in der Region sowie der Sanktionen und schliesslich dem jüngsten Handelsboykott durch Serbien.

Die sozialistische Organisation des Gesundheitssektors zeichnet sich dadurch aus, dass der Bereich der sekundären medizinischen Versorgung stark zentralisiert und spezialisiert ist, wohingegen die primäre Gesundheitsversorgung relativ schwach und vernachlässigt ist. Erschwerend zu den genannten Faktoren kommt für Montenegro hinzu, dass das gesamte Gesundheitssystem nach Belgrad ausgerichtet war, mit dem dortigen Universitätsspital als Referenz. Auch hier wird laut Fachleuten vor Ort deutlich, dass Montenegro zwar als Republik eine alte Tradition haben mag, jedoch mit seiner Autonomie recht jung ist und die Strukturen noch nicht entsprechend ausgerichtet sind. So unterlag beispielsweise die Kontrolle der staatlichen Apotheken der gesamtstaatlichen Ebene; die aktuelle Abkoppelung Montenegros von der Bundesrepublik Jugoslawien führt deshalb heute zu einem Wildwuchs im Medikamentenmanagement, der durch die Handelsblockade noch gefördert wird. Geschmuggelt wird auch in diesem Bereich, was dazu führt, dass in privaten Apotheken viele Medikamente trotz des Boykotts zwar erhältlich sind, dies jedoch zu einem vielfach erhöhten Preis. „Hier gilt ein einfaches Gesetz: Wenn Du Geld hast, kannst du alles bekommen – auch im medizinischen Bereich,“ so die Leiterin des WHO-Büros in Podgorica.⁴⁶ Die Donationen der internationalen Organisationen werden über die staatlichen Apotheken beziehungsweise direkt über die Gesundheitszentren verteilt.

Im Bereich der primären Gesundheitsversorgung gibt es für die 21 Gemeinden insgesamt 18 Gesundheitszentren, in denen gynäkologische, pädiatrische, stomatologische und epidemiologische Versorgung angeboten wird. Im Bereich der sekundären Versorgung gib es insgesamt neun Spitäler, acht regionale Zentren und ein klinisches Zentrum in der Hauptstadt Podgorica. Die medizinische Versorgung ist nach Aussage von der WHO weitgehend gewährleistet. Jedoch ist das System nicht für komplizierte medizinische Eingriffe, wie bei-

⁴⁴ Für Kosova ist dies möglich, weil eine entsprechende Resolution des UNO-Sicherheitsrates besteht.

⁴⁵ European Community Humanitarian Office ECHO, 27 June 2000

⁴⁶ Gespräch mit Christine Profili, World Health Care- Office, Podgorica, 7. Juni 2000

spielsweise Herzchirurgie, eingerichtet. Solche Fälle wurden bisher weitgehend nach Belgrad und heute auch nach Athen ausgeflogen.

Im Bereich der psychiatrischen Versorgung ist der Ansatz extrem klinisch und zielt auf die gesellschaftliche Abgrenzung von Behinderten ab. Psychologisch-therapeutische Betreuungsmöglichkeiten sind keine vorhanden.

5 Ethnische Minderheiten

Montenegro zählt je nach Schätzungen zwischen 650'000 bis 680'000 EinwohnerInnen.⁴⁷ Basierend auf dem Zensus von 1991 stellt sich die ethnische Verteilung in Montenegro wie folgt dar:

Montenegrinische Volksgruppe	380'467	62 %
Muslimisch-Slawische Volksgruppe	89'614	15 %
Serbische Volksgruppe	57'453	9 %
Albanische Volksgruppe	40'415	9 %
Jugoslawische Volksgruppe	26'159	4 %
Kroatische Volksgruppe	6'244	1 %
Roma	3'282	0.5 %
Mazedonische Volksgruppe	1'072	0.2 %
Andere	10'329	1.3 %

5.1 Bosnjakische Volksgruppe

Laut dem oben aufgeführten Zensus lebt die muslimisch-slawische respektive bosnjakische oder Muslimische Volksgruppe⁴⁸ fast ausschliesslich im Sandzak, das heisst im Norden Montenegros an der Grenze zu Serbien.⁴⁹ In der Folge der Kriege in Bosnien-Herzegowina und in Kosova flohen jedoch viele der sogenannten Sandzakli-BosnjakInnen ins Ausland, so dass sich in den entsprechenden Gemeinden, nämlich in Bijelo Polje, Rozaje, Berane, Plav und Pljevlja die Bevölkerungszahlen heute anders darstellen und die bosnjakische Volksgruppe heute in keiner der genannten Sandzak-Gemeinden mehr die Mehrheit stellt.⁵⁰

⁴⁷ Die letzte Volkszählung im ehemaligen Jugoslawien fand 1991 statt. Die Zahlen basieren auf Schätzungen und Hochrechnungen, die vom Zensus 1991 ausgehen und die enormen Bevölkerungsverschiebungen im Zuge der Kriege seit 1992 berücksichtigen. Weiter gilt es, den Umstand zu berücksichtigen, dass die BürgerInnen Jugoslawiens ihre ethnische Identität selbst deklarieren konnten.

⁴⁸ Zur Definition siehe auch Kosova: SFH-Lageanalyse vom Oktober 1999, Bern 1999 sowie Kosova: SFH-Lageanalyse vom März 2000, Bern 2000

⁴⁹ Eine ausführliche Darstellung zum Sandzak siehe: Kosova-Lageanalyse, März 2000: Montenegro – Sandzak: Situation der Muslimischen Volksgruppe.

⁵⁰ In drei von sechs Sandzak-Gemeinden auf serbischem Territorium stellt auch heute noch die bosnjakische Volksgruppe die Mehrheit, nämlich in Novi Pazar, Sjenica und Tutin.

Verschiedene Faktoren spielten und spielen ineinander und verursachen die hohe Migrationsrate in dieser Region. Dazu gehören die Diskriminierung bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung und somit Perspektivenlosigkeit vor allem für die junge Generation, die Tatsache, dass die Grenzen zu Ost-Bosnien, wo die muslimische Bevölkerung während des Bosnien-Kriegs vertrieben respektive massakriert wurde, offen sind und damit die Angst auch vor konkreter Verfolgung in dieser Region. Ein weiterer, zentraler Faktor ist die ständig drohende Einberufung in die Jugoslawische Volksarmee JNA beziehungsweise die drohende Strafverfolgung aufgrund von Dienstverweigerung oder gar Desertion (vergl. Punkt 3). Laut Auskunft des montenegrinischen Ministeriums für Minderheitenschutz, war während der vergangenen zehn Jahre der Druck auf die bosnjakischen jungen Männer im Sandzak enorm hoch: Der Alltag sei geprägt gewesen von immer neuen Aufforderungen, Militärkontrollen, Vorladungen und auch Hauskontrollen. Die Aussicht, in der Jugoslawischen Volksarmee JNA gegen die muslimische Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina respektive gegen die albanische Bevölkerung in Kosova kämpfen zu müssen, war für viele von der Rekrutierung bedrohten Bosnjaken unerträglich. Alle kontaktierten Stellen sehen in diesem Punkt einen Hauptgrund für Flucht und Migration.

Die zivilen Autoritäten, namentlich die montenegrinische Polizei, beschütze zwar heute nach ihren Möglichkeiten die ganze Zivilbevölkerung, auch die bosnjakische, jedoch sei der Wirkungsbereich und das Drohpotential der militärischen Autoritäten jenseits ihrer Kompetenz.⁵¹ In alle Zwischenfällen seien regelmässig Paramilitärs, die Militärpolizei beziehungsweise Armeekräfte involviert; insbesondere die Militärpolizei tauche in den Dörfern auf und mache Kontrollen. "Solange das Verhältnis zwischen Montenegro und Serbien nicht geklärt ist", so Orhan Sahmanovic, "kann man für die bosnjakische Volksgruppe im Sandzak auch keine Verbesserung erwarten. Die Situation wird unsicher bleiben." Sollte der Ausnahmezustand durch die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien verhängt werden, wird vor allem in dieser Gegend befürchtet, dass die Paramilitärs mit der Vertreibung und Vernichtung, der sogenannten „ethnischen Säuberung“ der bosnjakischen Bevölkerung in diesem Gebiet anfangen.

Zur politischen und militärischen Unsicherheit kommt hinzu, dass es in dieser Gegend keinerlei Chancen auf Arbeitsplätze gibt, da sie im jugoslawischen Gesamtzusammenhang zu den wirtschaftlich am stärksten unterentwickelten Regionen gehört. So gibt es beispielsweise in der ganzen Region nur wenige Kilometer asphaltierter Strassen, was den Zugang zur und die Mobilität in der Region enorm erschwert. Traditionell basiert die Wirtschaft im Sandzak auf Kleinhandel und mittleren Unternehmen in der Textil- und Lederverarbeitung. Die Muslimische Gemeinschaft hat sich nach eigenen Aussagen stets bei der Vergabe von staatlichen Arbeitsplätzen und Planung von wirtschaftsfördernden Massnahmen benachteiligt gefühlt, hinzu kam, dass der Erwerb von Grundeigentum erschwert wurde.⁵²

Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich die bosnjakische Bevölkerung zunehmend auf den Kleinhandel. Der relative Wohlstand der bosnjakischen Bevölkerung wurde seitens der Behörden mit wachsenden Steuerforderungen und härteren Handelskontrollen quittiert. Der Krieg in Kosova und die Verfolgung auch der bosnjakischen Minderheit nach Einmarsch der KFOR-Truppen im Juni vergangenen Jahres, haben für die traditionell im Handelssektor

⁵¹ Gespräch mit Orhan Sahmanovic, Ministerium für Minderheitenschutz, Podgorica 6. Juni 2000

⁵² „Die spezifischen Rechte der Minderheiten sind zwar in der jugoslawischen Verfassung festgesetzt. Im Laufe des Jahres 1997 wurde es jedoch für Angehörige der Minderheiten zusehends schwieriger, die verfassungsmässig garantierten Minderheiten-Rechte tatsächlich auch durchzusetzen; so beispielsweise das Recht auf Unterricht in der eigenen Sprache, auf Übersetzung von Gerichtsdokumenten in die Muttersprache, auf mehrsprachige Gemeindeverwaltung oder auf die Bezeichnung von Plätzen und Strassen in der eigenen Sprache. Insbesondere ist es den Minderheiten praktisch nicht mehr möglich, Grundeigentum zu erwerben.“ Zitiert nach: SFH, Kosova-Lageanalyse, März 2000, Bern 2000



tätigen Bosnjaken den Handel mit Kosova verunmöglicht. Seit Belgrad den Handelsboykott gegen Montenegro verhängt und somit eine Grenze durch den Sandzak gelegt hat, liegt nun auch der Handel innerhalb der ganzen Sandzak-Region brach und die Profiteure durch die Handelsroute zwischen Podgorica und Belgrad bleiben aus.

Laut der Beobachtung von Insidern, scheint im Sandzak eine Art Panik zu herrschen, die gezielt über Gerüchte aus Belgrad geschürt wird, um die bosnjakische Bevölkerung zum Exodus zu drängen. Befürchtet wird, dass zwischen Belgrad und Podgorica ein Abkommen zur Teilung des Sandzak ausgehandelt werde. Andere fürchten im Fall eines Kriegsausbruchs konkrete Bestrafungen dafür, dass sie Djukanovic gewählt haben.⁵³

Die bosnjakische Gemeinschaft selbst ist sich keineswegs einig über ihre politische Zukunft. Während gemässigte Vertreter sich klar auf ihre ethnische Identität und staatsbürgerliche Zugehörigkeit berufen, gibt es sogenannte „pan-bosnische“ Stimmen, die eine Loslösung des Sandzak und Vereinigung mit Bosnien-Herzegowina fordern.⁵⁴ Es zirkulieren Gerüchte, wonach der bosnjakische SDA-Vertreter im serbischen Sandzak, Sulejman Ugljanin, von Milosevic für Verhandlungen bezüglich einer möglichen Autonomie für den Sandzak nach Belgrad eingeladen worden sein soll. Demgegenüber distanzieren sich die bosnjakischen Vertreter auf montenegrinischer Seite des Sandzak von jeder Autonomie-Option und deklarieren sich als montenegrinische Bürger, deren Identität und Rechte als ethnische Minderheit über einen verfassungsmässigen Status gesichert sein sollen.

Der Sandzak als Grenzregion mit einer starken muslimischen Bevölkerung ist für Belgrads Destabilisierungsbemühungen geradezu prädestiniert: Es wäre daher nicht weiter erstaunlich, wenn ausgerechnet Milosevic (als einer der Hauptverantwortlichen für die Vertreibungen und sogenannten „ethnischen Säuberungen“) im aktuellen politischen Kontext der muslimischen Volksgruppe im Sandzak Autonomie-Versprechen machen würde. Seine Motivation ist jedoch eine andere, als diejenige der SDA: Nach Informationen aus dem Innern der JNA ist geplant, dass als eine Art Vorspiel für einen militärischen Konflikt, der Nordteil Montenegros, der als traditionell pro-serbisch gilt (die Bosnjaken ausgenommen), sich vom Rest lösen und eine Art Autonomie-Statut erhalten oder gar Serbien angeschlossen werden soll. Dies wäre dann der strategisch richtige Zeitpunkt, um aus dieser Region heraus einen militärischen Vorstoss ins Innere Montenegros zu machen.⁵⁵ Die bosnjakische Bevölkerung im Grenzgebiet zwischen Serbien und Montenegro droht so, nicht nur geografisch zwischen die Fronten zu gelangen, sondern auch auf politischer Ebene zum Spielball der Machterhaltungsinteressen des Belgrader Regimes zu werden.

Aus der Sicht des Parlamentspräsidenten Rifat Rastoder, der Bosnjake aus dem Sandzak ist, ist die Präsenz der Armee und der Militärpolizei im Sandzak der Hauptunsicherheitsfaktor. „Das grösste Problem ist, dass dies die Grenzregion ist, jede Art von Bedrohung durch Belgrad bringt diese Region und damit die Bevölkerung als erstes in Gefahr,“ so Rifat Rastoder. Hinzu kommt, dass die montenegrinische respektive serbische Bevölkerung in dieser Region zur Stammwählerschaft der nach Belgrad orientierten Oppositionskoalition unter Momir Bulatovic gehört. Nach Gerüchten ist diese Volksgruppe auch bereits bewaffnet, was exakt dem Vorgehen in Ostbosnien Ende 1991 und 1992 entspräche.

⁵³ Ein illustrativer Bericht über die verängstigte Sandzak-Bevölkerung, die vor den Passbüros Schlange steht, um ins Ausland zu gelangen in: AIM, Enes Halilovic, Fears, Migrations and Divisions in Sanjak, March 10, 2000. Auch hier wird bestätigt, was viele bosnjakische Flüchtlinge im westlichen Ausland betonen: „The Bosniacs in Sanjak are not so forgetful and still remember Srebrenica...“ Ein Sandzakli-Bosnjake wird zitiert: „Everything is breaking apart in Montenegro and we will pay for it. Surely, the Serbs and Montenegrins love each other more than they love us.“

⁵⁴ Betaweek, 27 January 2000: A Career: Rasim Ljajic, moderate Leader of Muslims (Bosniacs) in Sandzak

⁵⁵ IWPR, No. 135, a.a.O



Die Demokratisierungs-Bemühungen der Regierung Djukanovic werden von den Vertretern dieser Volksgruppe durchaus anerkannt, festgehalten wird jedoch, dass der verfassungsmässige Status der Minderheiten noch definiert werden müsse. Auch die Anstrengungen der montenegrinischen Polizei, der bosnjakischen Minderheit Schutz und Sicherheit zu gewährleisten, werden bestätigt. De facto existiert jedoch keine staatliche Behörde, die das ganze Territorium oder einen Teil unter ihrer Kontrolle hätte. Vielmehr existieren zivile Behörden nebst militärischen Institutionen in einer Art Parallelsystem, wobei im Extremfall die Polizei gegen die Armee kämpfen würde.

5.2 Albanische Volksgruppe

Die albanische Volksgruppe lebt vor allem im Süden Montenegros. Auf dem Gemeindegebiet von Ulcinj leben rund 30'000 der schätzungsweise 50'000 Menschen umfassenden Volksgruppe. In Tuzi bei Podgorica leben weitere 15'000 AlbanerInnen. Vertreter dieser Gruppe sehen zwar ebenfalls die von der Regierung Djukanovic unternommenen Anstrengungen in Richtung Demokratisierung. Jedoch wird auch von dieser Seite die mangelnde Verankerung der spezifischen Rechte von kulturellen und ethnischen Minderheiten in Montenegro kritisiert. Die Stimmabgabe für Djukanovic sei keineswegs eine Bestätigung, dass die albanische Seite ihre Interessen in dieser Koalition vertreten sehe, sondern Ausdruck dessen, dass der Kurs Djukanovics der albanischen Bevölkerungsgruppe eher eine sichere Zukunftsperspektive biete, als die pro-Milosevic orientierte Opposition, so Ferhat Dinosa, Präsident der albanischen Unionspartei und Parlamentsmitglied. Dinosa beklagt, dass auch die gegenwärtige Regierung keinerlei Schutz- und Förderungsmassnahmen der albanischen Kultur vorsehe. So gebe es keine albanische Fakultät und keine albanisch-sprachigen Zeitungen, während die serbisch-sprachigen Zeitungen alle staatlich finanziert seien. Die albanische Gemeinschaft trifft nahegelegenerweise im aktuellen politischen Kontext auf grosse Schwierigkeiten, was solche Forderungen nach Minderheitenschutz anbelangt. Vor dem Hintergrund der fragilen, ungeklärten politischen Situation sowohl in Kosova als auch Montenegro und der Nähe ihrer Hauptsiedlungsgebiete zur albanischen Grenze, werden den albanischen Wortführern schnell grossalbanische Ambitionen respektiv ethnischer Separatismus unterstellt. Dinosa wehrt sich energisch gegen solche Verdächtigungen: "Wir definieren uns als montenegrinische Staatsbürger albanischer Ethnie. Bezüglich der Frage der Unabhängigkeit sollte die montenegrinische Mehrheit jedoch selbst entscheiden. Eine dezidierte Stellungnahme ist für uns zu riskant." Enttäuscht ist er über die Haltung des offiziellen Montenegro zu Kosova. Im Gegensatz zur Djukanovic-Fraktion, die sich gegen eine Unabhängigkeit Kosovos ausspricht, vertritt die albanische Volksgruppe klar die Option der staatlichen Souveränität für Kosova.

Die albanischen Vertreter betonen, dass im vergangenen Frühjahr die vertriebenen KosovarInnen in Montenegro sehr freundlichen aufgenommen worden seien. Es habe praktisch keine Fälle von Übergriffen gegeben; zwar sei es zu Bedrohungen durch Parteigänger von Bulatovic gekommen, „die Polizei hat sich jedoch klar auf die Seite der Albaner gestellt und diese auch vor Übergriffen geschützt.“⁵⁶

Für die jugendlichen Albaner ist der stetig drohende Einzug in die Jugoslawische Volksarmee JNA nebst der desolaten wirtschaftlichen Situation ein Hauptgrund, um zu migrieren. „Unsere Männer gehen eher ins Ausland als in die Armee“, so Dinosa. Sogar während der Kosova-Krise hätten zahlreiche Albaner Einberufungsbefehle bekommen. „Wir haben hier permanente Angst vor einem Einzug in die Armee.“ Dinosa bestätigt auch die Äusserungen von

⁵⁶ Gespräch mit F. Dinosa, a.a.O



bosnjakischer Seite: „Das Amnestiegesetz wirkt nicht. Vor kurzem sind wieder zwei Albaner in Ulcinj von der Militärpolizei aus den Häusern geholt und festgenommen worden.“⁵⁷

6 Flüchtlinge und Intern Vertriebene

Seit 1993 hat Montenegro Tausende von Flüchtlingen respektive intern Vertriebenen beherbergt. Laut Aussagen des Premierministers, Dragen Budisa, lag der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung stets bei rund zehn Prozent, stieg während der Kosova-Krise vor einem Jahr auf bis 20 Prozent und liegt heute mit 60'247 Flüchtlingen und intern Vertriebenen wieder bei knapp zehn Prozent. Laut Angaben des montenegrinischen Kommissariats für Vertriebene leben heute 28'338 Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina und 31'909 IDPs aus Kosova in Montenegro. Der Anteil an Flüchtlingen, beziehungsweise IDPs in einzelnen Gemeinden schwankt zwischen einem und zehn Prozent, beträgt jedoch in Gemeinden wie Tivat rund 29 Prozent, Herceg-Novi rund 23 Prozent oder Budva rund 20 Prozent.⁵⁸

Anlässlich einer Konferenz zu den Perspektiven der Minderheiten-Rückkehr auf dem Balkan, stellte der Premierminister klar, dass Montenegro trotz des enorm hohen Anteils an Flüchtlingen und Vertriebenen derzeit nicht daran denke, Druck auf die Betroffenen zur Heimkehr auszuüben. "Wir sind zwar darauf angewiesen, dass diese Menschen eines Tages nachhause zurückkehren, wir können jedoch nicht auf eine Heimkehr drängen, denn die Situation ist nicht reif für eine Rückkehr. Die Verhältnisse sind unsicher, die Situation ist unstabil. Dies müssen wir anerkennen, obwohl wir dadurch, dass sie vorläufig hier bleiben, enorme Probleme haben," so Dragen Budisa.⁵⁹

6.1 Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina

Seit 1996 leben rund 20'000 vor allem serbische Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und 8'000 ebenfalls vor allem serbische Flüchtlinge aus Kroatien (v.a. Krajina) in Montenegro. Laut Angaben des UNHCR Podgorica hat sich diese Gruppe relativ gut integriert und genießt eine gewisse Akzeptanz seitens der montenegrinischen Bevölkerung. Während die älteren Menschen gerne heimkehren möchten, sieht die jüngere Generation keinerlei Motivation für eine Rückkehr, da vor allem auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten als Angehörige der ethnischen Minderheit der Serben (in der bosnischen Föderation und in Kroatien) mehr als gering sind. Bis heute ist der grösste Teil dieser Gruppe abhängig von humanitärer Hilfe.

Auch hier ist das UNHCR hauptverantwortlich für die Koordination sowohl der humanitären Hilfe als auch der Unterbringung; Implementierungspartner sind der American Refugee Council und das Schweizerische Katastrophenhilfekorps SKH. Die Flüchtlingspopulation stellt laut einer Zählung von 1996 mit 28'338 Menschen rund 4.5 Prozent der Bevölkerung Montenegros. Nach Schätzungen des UNHCR-Büros in Podgorica liegt die aktuelle Zahl heute bei rund 23'000 Personen. Voraussichtlich werden die Flüchtlinge im Herbst neu registriert. Es gibt auch für diese Gruppe sogenannte „go- and see visits“ unter der Planung des UNHCR, der Erfolg ist jedoch mit einer muslimischen Familie aus Trebinje und zwei

⁵⁷ ebd.

⁵⁸ Genaue Angaben über effektive Zahlen und Prozentanteile finden sich in der entsprechenden Übersicht im Annex: "Izbjegla i raseljena lica u Crnoj Gori, 7. Juni 2000, Commissariat for Displaced People"

⁵⁹ ECRE/ICVA Konferenz in Petrovac, Montenegro, 8./9. Juni 2000

älteren Serben aus Knin, die im April definitiv zurückgekehrt sind, relativ gering. Dem gegenüber steht der Rückgang der internationalen Spenden und die Weigerung der lokalen Behörden, neue grössere Integrationsprojekte für diese Gruppe für das laufende Jahr zu planen. Zumindest wird versucht, jenen Flüchtlingen, die Rückkehrperspektiven haben, die Mittel für einen eventuellen Wiederaufbau des Hauses am Herkunftsort zu beschaffen.

Insgesamt wird seitens der internationalen Hilfsorganisationen, die für die Versorgung der Vertriebenen und Flüchtlinge zuständig sind, die aktuelle Situation als sehr labil eingeschätzt und dementsprechend Wert auf Sicherheitsvorkehrungen und die Planung von eventuellen Notmassnahmen gelegt.

6.2 Vertriebene aus Kosova

Von den rund 32'000 in Montenegro als intern Vertriebene registrierten Personen aus Kosova haben sich rund 11'000 als zur montenegrinischen Volksgruppe, 7'800 zur serbischen Volksgruppe, 6'300 zur Volksgruppe der Roma, 4'000 als zur muslimischen, 1'200 zur albanischen und schliesslich rund 950 als zur ägyptischen Volksgruppe zugehörig deklariert.⁶⁰ Die humanitäre Versorgung der IDPs ist laut Angaben von UNHCR gesichert, die Basisversorgung sei gewährleistet, wiewohl natürlich die Unterbringung in Kollektivzentren keine längerfristige Lösung darstellen könne.

Insbesondere an der Küste wächst der Druck auf die IDPs, die besetzten Hotels und ursprünglich für Ferienlager gedachten Camps endlich zu verlassen. Montenegro möchte den Tourismus wieder ankurbeln; die Anwesenheit von Vertriebenen in überfüllten Hotels und Feriencamps bringt diesbezüglich grosse Probleme mit sich. Die Gemeinden wollen ihrerseits keinerlei Verantwortung für die Unterbringung der IDPs übernehmen. Bei illegal besetztem Wohnraum wird es so für das UNHCR zunehmend schwierig, neuen Wohnraum für IDPs zu finden. Obwohl die IDPs als BürgerInnen der Bundesrepublik Jugoslawien Anrecht auf gleichen Zugang zu medizinischer Hilfe, Arbeit und Sozialversorgung haben, ist in der Praxis der Zugang oft erschwert, weil die Infrastrukturen der entsprechenden Bereiche ohnehin schon stark überbelastet sind. Theoretisch besteht auch Niederlassungsfreiheit; wer sich neu niederlassen möchte, muss sich allerdings in der Herkunftsgemeinde in Kosova abmelden, um sich in der neuen Gemeinde in Montenegro anmelden zu können. Diese Möglichkeit ist jedoch aufgrund der fehlenden Verwaltungsstruktur in Kosova und in den meisten Fällen unmöglichen Einreise nach Kosova, rein theoretischer Natur. Hinzu kommt die traditionell enge Verbundenheit mit der jeweiligen Herkunftsregion und -gemeinde. Dies macht es vor allem bei der problematischen wirtschaftlichen Situation zusätzlich schwer, sich an einem neuen Wohnort niederzulassen. Schliesslich sind die Vertriebenen aus Kosova rein rechtlich gesehen, BürgerInnen der Republik Serbien und haben somit verwaltungstechnisch keinen Zugang zum Sozialversicherungssystem in Montenegro und zur Auszahlung von Pensionen haben (abgesehen davon, dass auch die montenegrinischen BürgerInnen diese in den seltensten Fällen ausbezahlt bekommen, vgl. Punkt 4).

Eine Rückkehr der IDPs nach Kosova erachtet auch das UNHCR derzeit als noch nicht möglich. "Eine Rückführung von Leuten in Enklaven, die bewacht werden müssen, ist weder menschenwürdig noch nachhaltig", so Rob Breen, Leiter des UNHCR Büros in Podgorica. Von den rund 31'000 IDPs aus Kosova leben 11'000 in Kollektivzentren und 2'000 in illegal besetzten Unterkünften. Die Mehrheit ist in privaten Unterkünften untergebracht, für die sie auch Miete bezahlt. "Wir haben heute die Situation im Griff, die

⁶⁰ Genaue Angaben siehe Annex: IDPs from Kosovo in Montenegro by Nationality, 13 April 2000



Basisversorgung ist gesichert, es gibt keine grossen Lücken mehr.⁶¹ Aktuell gebe es vor allem Probleme mit den illegal besetzten Unterkünften und IDPs, die die Rechnungen für Elektrizität nicht bezahlten.

Laut Angaben des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps in Podgorica gibt es zudem gerade in der Sommerperiode immer wieder Probleme mit der Wasserversorgung vor allem für die Kollektivzentren. Ein weiteres Problem ist die langfristige Überbelastung des Wohnraums. In teilweise provisorisch, lediglich für eine vorübergehende Unterbringung umgebauten Unterkünften, wie Fabrikhallen oder Bürogebäuden, lebt eine grosse Anzahl an Vertriebenen auf enorm engem Raum mit ungenügenden sanitären Infrastrukturen: Dies führt zunehmend zu Problemen, wie etwa feuchten Räumen, defekten Wasserleitungen und übernutzten Abwasserinstallationen, defekten Dächern oder Zwischendecken.

Wenige Leute haben Gelegenheitsarbeiten, die Mehrheit verbringt ihre Zeit ohne jede Perspektive und psychosoziale Betreuung. Als grosses Problem wird seitens der Fachleute der Umstand eingeschätzt, dass es keine längerfristigen Rückkehrperspektiven gibt. Im Gegensatz zu Serbien sei hier allerdings kein Druck auf die serbische Gruppe spürbar, eine Rückkehr zu organisieren. Seitens der Betroffenen selbst wird betont, dass eine Rückkehr erst denkbar sei, wenn wieder die serbische Polizei und Armee in Kosova einmarschiere.

Eine Rückführung von Vertriebenen aus Kosova, die sich heute im westlichen Ausland befinden, nach Montenegro erachtet das UNHCR als undenkbar. Die Grenze der Kapazität für Unterkünfte sei überschritten, die diesbezüglich vorhandenen Infrastrukturen bereits überbelastet; zudem müsse man den bereits heute sehr grossen Anteil an Flüchtlingen und IDPs an der (kleinen!) Gesamtbevölkerung sehen. Montenegro habe bereits im letzten Jahr mit zeitweise über 100'000 Vertriebenen eine enorme Bürde getragen. Zudem wird generell die Situation als äusserst unsicher eingeschätzt. Hinzu kommt die schlechte wirtschaftliche Situation, die bereits den montenegrinischen BürgerInnen das alltägliche Überleben nicht leicht macht. Dies bedeutet, dass die grosse Mehrheit der Vertriebenen von humanitärer Hilfe abhängig ist.

Von der Gruppe der Roma, Ashkali und Ägypter (insgesamt rund 7'250 registrierte IDPs) leben rund 2'500 in zwei durch das UNHCR koordinierte Barackenlagern bei Podgorica (Konik I und II), insgesamt leben auf dem Gemeindegebiet von Podgorica 4'100 Roma, Ashkali und Ägypter. Eine weitere grosse Roma-IDP-Siedlung befindet sich an der Küste in Bar (mit rund 780 Personen) sowie in der Sandzak-Gemeinde Berane (mit rund 690 Personen). In Podgorica hat das UNHCR mit ersten sogenannten "go and see visits", die der Abklärung der Rückkehrmöglichkeiten auf individueller Basis dienen sollen, angefangen. Dies ist jedoch ein erster Versuch. Der Besuch von zwei Roma-Frauen in ihrer Heimatgemeinde in Kosova benötigte sorgfältige und umfangreiche Vorabklärungen auf beiden Seiten. Die zuständigen Mitarbeiter des UNHCR stellten denn auch klar, wie extrem labil und unsicher die Situation sei, und dass sie es keineswegs verantworten könnten, in irgendeiner Weise auf diese Personen Druck auszuüben oder Sicherheit zu versprechen. Die Entscheidung für eine eventuelle Rückkehr müsse auf individueller Ebene getroffen und verantwortet werden, so der zuständige UNHCR-Vertreter. Die ersten beiden involvierten Roma-Frauen, die sich für die Teilnahme an einem solchen "Pionierprojekt" bereit erklärten, zeigten sich zwar sehr erfreut über die Gelegenheit, ihr Haus wieder zu sehen. Im Gespräch stellten sie jedoch fest, dass es noch nicht sicher sei und dass sie noch nicht wüssten, ob sie eine Rückkehr wagen könnten.⁶²

⁶¹ Briefing mit Rob Breen/Christina Schreiner, UNHCR Podgorica, 6. Juni 2000

⁶² Besuch und Gespräche in Konik 1 und Konik 2, Podgorica 6. Juni 2000

Die Unterbringung der Roma in den zwei Kollektivzentren in Podgorica hat sich verglichen mit dem vergangenen Herbst gebessert, ist jedoch mit dem Barackenlager, das schattenlos in sengender Hitze daliegt, keineswegs langfristig geregelt. Der Übergang von Emergency-Verteilung zu selbstverantwortlicher Versorgung - beispielsweise Verteilung von Mehl anstelle fertiggebackenen Brotes - bringt grosse Probleme mit sich: Herde und Öfen sowie Brennmaterial müssen vorhanden sein; bei der extremen Platzknappheit (für eine erwachsene Person werden drei Quadratmeter berechnet) ist die Kocherei jedoch nicht zuletzt auch ein Sicherheitsproblem. Teilweise sind auch Kollektivküchen vorhanden. Die Verteilung von frischen Nahrungsmitteln ist äusserst karg; pro Kind und Monat gab es im Besuchszeitraum lediglich einmal frische Früchte. Im Juni des laufenden Jahres wird die Verteilung von frischer Nahrung ganz eingestellt.

Die Roma-IDPs aus Kosova haben laut Angaben von UNHCR durchschnittlich einen sehr niedrigen Bildungsstand. Mit informellem Schulunterricht wird versucht, einen Übertritt in die reguläre Schule vorzubereiten. Für die albanisch sprachigen SchülerInnen stellt sich auch hier das Sprachproblem. In Tuzi und Ulcinj gibt es zwar albanisch-sprachigen Schulunterricht, die Frage ist jedoch, in welcher Sprache diese Kinder im Hinblick auf ihre ungewisse Zukunft überhaupt unterrichtet werden sollen.

7 Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Seit 1997 verfolgt Montenegro eine Politik der Eigenständigkeit, die schrittweise zur Abkoppelung von der Bundesrepublik Jugoslawien geführt hat. Sowohl Aussen- als auch Finanzpolitik werden selbständig betrieben. Auch das Zollwesen liegt ganz in der Hand Podgoricas. Die Jugoslawische Volksarmee wird zunehmend als Okkupationskraft empfunden, jedoch darf nicht übersehen werden, dass rund ein Drittel der montenegrinischen Bevölkerung weiter für eine Union mit Serbien steht und klar nach Belgrad ausgerichtet ist.

In diesen Sommermonaten spitzt sich die Frage der Loslösung Montenegros von der Bundesrepublik Jugoslawien und damit der staatlichen Unabhängigkeit deutlich zu. Befürchtet wird, dass das Regime Milosevic bewaffnete Auseinandersetzungen provozieren will, um die Jugoslawische Volksarmee, die unter dem Einfluss Belgrads steht, gegen die montenegrinische Polizei, die dem Einflussbereich Djukanovics untersteht, einschreiten zu lassen.

Die Internationale Gemeinschaft unterstützt auf finanzieller und diplomatischer Ebene den prowestlichen Kurs Podgoricas, um so in der instabilen Region eine Art Modell zu entwickeln, das eine echte Alternative zu Belgrads Diktatur bieten könnte. Gleichzeitig wird jedoch vermieden, die Entscheidung für eine Loslösung Montenegros voranzutreiben, weil befürchtet wird, dass dies zu einem fünften Krieg in den ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens führen und auch in den umliegenden Gebieten, namentlich Kosova, die Situation verschärfen könnte.

Aufgrund der Präsenz der Jugoslawischen Armee JNA und der Militärpolizei, in der paramilitärische Gruppen organisiert sind, ist die Situation unsicher. Namentlich die Männer, die den Dienst verweigert haben oder während der Kosova-Krise desertiert sind, müssen jederzeit eine Verhaftung durch die Militärpolizei befürchten. Vor allem die Angehörigen der ethnischen Minderheiten sind sowohl diesem Druck als auch möglichen neuen Rekrutierungen stark ausgesetzt; in vielen Fällen bleibt die Flucht ins Ausland die einzige Alternative.



Die wirtschaftliche und soziale Situation ist desolat und hat sich in der Folge des Handelsboykotts seitens Serbien noch weiter zugespitzt; die BürgerInnen Montenegros können nicht mehr von einem Durchschnittseinkommen leben. Ein Grossteil der Bevölkerung lebt vom informellen Sektor, Schmuggel ist weit verbreitet.

Die bosnjakische und albanische Minderheit stellt sich hinter die Politik Djukanovics, wiewohl vor allem die bosnjakische Volksgruppe im Sandzak stark befürchtet, im Falle einer Konfrontation zwischen die Fronten zu geraten.

Zehn Prozent der Bevölkerung Montenegros sind Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien sowie intern Vertriebene aus Kosova. Wiewohl diese enorm grosse Flüchtlings- und IDP-Population, die zum Teil noch in Kollektivzentren untergebracht ist, die soziale, wirtschaftliche und technische Infrastruktur Montenegros enorm belastet, wird derzeit noch kein Druck hinsichtlich einer möglichen Rückkehr ausgeübt, da die Situation in den entsprechenden Herkunftsgebieten, namentlich auch in Kosova, als noch zu unstabil eingeschätzt wird. Es wird aber auch deutlich gemacht, dass man vor diesem Hintergrund nicht bereit sei, rückgeführte Vertriebene aus dem westlichen Ausland mit letztem Wohnsitz in Kosova noch zusätzlich aufzunehmen.



8 Annexe





GLOSSARY OF POLITICAL PARTY ACRONYMS AND ALIGNMENTS

Government bloc:

DZB	"Da Zivimo Bolje" (For a Better Life) – Montenegro's governing coalition, comprising:
DPS	Democratic Party of Socialists (under President Milo Djukanovic)
SDP	Social Democratic Party (Zarko Rakcevic)
NS	People's Party (Dragan Soc)

Pro-Yugoslavia bloc ("Yugoslavia – Momir Bulatovic" coalition):

SNP	Socialist People's Party (Momir Bulatovic)
JUL	Yugoslav United Left (Mira Markovic, wife of Slobodan Milosevic)
SRS	Serb Radical Party (Vojislav Seselj)
SNS	Serb People's Party (Zelidrag Nikcevic)
KPJ	Communist Party of Yugoslavia
NKPJ	New Communist Party of Yugoslavia
RSL NP	Left Radical Party – Nikola Pasic

Pro-independence (but mutually hostile):

LSCG	Liberal Alliance (Miodrag Zivkovic)
LDP	Liberal Democratic Party (Bozidar Nikolic)

Albanians in coalition "Zajedno za Malesiju" in Podgorica only:

DUA	Democratic Union of Albanians (Ferhat Dinosha)
DS	Democratic Alliance (Mehmet Bardhi)

Minor Serb parties: (Srpska Sloga)

SDS	Serb Democratic Party
SNRS	Serb People's Radical Party

Independent Communist:

SKJ/KCG	Yugoslav Communist Alliance/Montenegro Communists
----------------	---



SRH OSAR

Vlada Republike Crne Gore
KOMESARIJAT ZA RASELJENA LICA



Government of the Republic of Montenegro
COMMISSARIAT FOR DISPLACED PERSONS

Izbjegli i raseljena lica u Crnoj Gori

(07.06.2000.)

TABELA:1

Naziv opštine (1)	Broj stanovnika (2)	Broj izbjeglica iz RH i BiH (3)	% (4)	Br raseljenih sa Kosova (5)	% (6)	Ukupno (3)+(5)	% (4)+(6)
ANDRIJEVICA	6,696	143	2.14%	1,311	19.58%	1,454	21.71%
BAR	38,153	2,827	7.41%	5,297	13.88%	8,124	21.29%
BERANE	38,799	780	2.01%	5,258	13.55%	6,038	15.56%
BIJELO POLJE	55,686	760	1.36%	1,171	2.10%	1,931	3.47%
BUDVA	12,186	1,251	10.27%	1,171	9.61%	2,422	19.88%
CETINJE	20,336	256	1.26%	48	0.24%	304	1.49%
DANILOVGRAD	14,847	565	3.81%	525	3.54%	1,090	7.34%
HERCEG-NOVI	29,115	6,022	20.68%	763	2.62%	6,785	23.30%
KOLAŠIN	11,056	368	3.33%	244	2.21%	612	5.54%
KOTOR	22,540	918	4.07%	317	1.41%	1,235	5.48%
MOJKOVAC	10,860	232	2.14%	160	1.47%	392	3.61%
NIKŠIĆ	75,274	2,233	2.97%	1,126	1.50%	3,359	4.46%
PLAV	19,455	436	2.24%	1,702	8.75%	2,138	10.99%
PLUŽINE	5,199	443	8.52%	3	0.06%	446	8.58%
PLJEVLJA	39,503	1,531	3.88%	173	0.44%	1,704	4.31%
PODGORICA	155,372	5,767	3.71%	9,567	6.16%	15,334	9.87%
ROŽAJE	23,429	277	1.18%	1,066	4.55%	1,343	5.73%
ŠAVNIK	3,614	50	1.38%	2	0.06%	52	1.44%
TIVAT	12,588	2,649	21.04%	998	7.93%	3,647	28.97%
ULCINJ	24,537	620	2.53%	996	4.06%	1,616	6.59%
ŽABLJAK	4,870	210	4.31%	11	0.23%	221	4.54%
UKUPNO:	624,115	28,338	4.54%	31,909	5.11%	60,247	9.65%

IDPs from Kosovo in Montenegro (13/04/2000) (by nationality)

Municipality	Monten.	Serbs	Roma	Muslims	Albanians	Egyptians	Other	Total
Andrijevica	741	554		1	5		6	1307
Bar	1792	2085	730	415	108	52	89	5271
Berane	2474	1552	530	478	16	149	52	5251
Bijelo Polje	279	191	94	545	36		19	1164
Budva	466	561	9	77	8		38	1159
Cetinje	29	18					1	48
Danilovgrad	399	107	4		9		1	520
Herceg Novi	274	338	106	19	6		20	763
Kolasin	144	85		5			4	238
Kotor	98	109	17	35	33	15	6	313
Mojkovac	94	63		1			2	160
Niksic	213	134	661	31	16	24	40	1119
Plav	355	184	7	914	212	6	15	1693
Pluzine	3							3
Pljevlja	81	65	3	16	7		1	173
Podgorica	3299	1152	3727	491	223	442	101	9435
Rozaje	14	42	52	681	109	161	3	1062
Savnik	1	1						2
Tivat	224	367	150	118	18	100	19	996
Ulcinj	45	143	194	185	379	3	38	987
Zabljak	11							11
TOTAL	11036	7751	6284	4012	1185	952	455	31675

